

Baracke tagenden Parteirat an: „Ihr könnt sagen, ich hätte große Rosinen im Kopf, aber ich glaube, wenn wir hier richtig handeln, dann kann es zu Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland kommen.“

Dem Parteirat waren die „Rosinen“ nicht zu groß. Er billigte den Brief an die Brüder im Osten.

Kanzler Erhard erfuhr am Tegernsee von dem SPD-Papier und herber CDU-Kritik an dem Projekt (Adenauer: „Völlig sinnlos!“) erstmals aus dem dreimal täglich angefertigten Nachrichten-Spiegel seines Bundes-Presseamtes. Das Kanzleramt hatte versäumt, die Nachricht von dem SPD-Brief zum Urlaubsdomizil des Kanzlers weiterzuleiten.

Kaum hatte der Regierungschef die Meldung vom Bundespresseamt gelesen, da forderte er ein Gutachten an. Ergebnis: Der SPD-Brief enthalte keinen Widerspruch zur bisherigen Deutschlandpolitik der Bundesregierung.

Am letzten Montag war der Kanzler wieder in Bonn, schlichtete Streitereien der FDP mit der CDU, feierte den Geburtstag seiner Frau Luise und erörterte am Dienstag mit Vertretern der CDU/CSU und FDP den Briefwechsel zwischen SPD und SED. Die Vertreter der Freien Demokraten, an der Spitze Vizekanzler Mende, waren für eine Unterstützung der sozialdemokratischen Initiative. Sie versuchten den Christdemokraten klarzumachen, daß die Koalition nur zwischen zwei gleichermaßen unbefriedigenden Möglichkeiten wählen könne:

- ▷ entweder in den von der SPD angeführten gesamtdeutschen Zug als Mitfahrer einzusteigen
- ▷ oder sich der durch die Redneraustauschpläne entfachten gesamtdeutschen Stimmung zu widersetzen.

Unter den gegebenen Umständen sei es besser, so die FDP, den Sozialdemokraten volle Rückendeckung zu geben.

Zwar versuchte Rainer Barzel, eine Mittelposition zu beziehen: „Wir sind kein Anhängsel der SPD, die uns an der Entscheidung nicht beteiligt hat. Das soll sie mal alleine machen.“

Doch FDP-Fraktionsvize Mischnick drängelte Barzel gegen die Wand der ärgerlichen Alternative: „Aber, Herr Barzel, Sie waren doch der erste, der in Dresden sprechen wollte. Wollen Sie das immer noch?“

Barzel: „Ja!“

Mischnick: „Auch wenn Sie von der SED dazu eingeladen werden?“

Barzel: „Ja!“

Mischnick: „Aber eine gemeinsame Veranstaltung mit der SPD lehnen Sie ab?“

Barzel: „Ich habe meinen Äußerungen nichts hinzuzufügen. Was ich gefordert habe, ist ein Mikrofon und die Möglichkeit, frei zu sprechen. Was ich nicht will, sind Verhandlungen über diese Möglichkeit.“

Uneins freilich blieb man darüber, ob auch dem Regierenden Bürgermeister von West-Berlin der Paß für Chemnitz gegeben werden sollte.

„Die Zonenmachthaber können keine Gesprächspartner der frei gewählten deutschen Regierung sein“, befand das



Mauer-Opfer Fechter  
Am Siegesdenkmal verblutet

Mittwoch-Kommuniqué, und Regierungssprecher von Hase erläuterte, das beziehe sich auch auf Landesregierungen.

Die Atmosphäre von faktischen Bedenken einerseits und gesamtdeutscher Ergriffenheit andererseits kennzeichnete auch die Stimmung, als sich am Donnerstag letzter Woche die Abgesandten aller drei Bundestagsparteien in Ludwig Erhards Kabinettsaal zu dem seit Jahren von der SPD angestrebten „Deutschland-Gespräch“ trafen.

Willy Brandt kündigte an, die Chemnitz-Mannschaft der SPD werde in der Zone im Namen aller demokratischen Kräfte der Bundesrepublik sprechen.

Sofort witterte CDU-Parteichef Erhard in Brandts Formulierung einen gesamtdeutschen Führungsanspruch der SPD und murrte: „Die CDU hat der SPD kein Mandat erteilt, in Chemnitz auch für sie zu sprechen.“

Wehner argwöhnte einen Dolchstoß und polterte: „Sie, Herr Erhard, Sie wollen der SPD doch nicht das Recht

bestreiten, als ein Sprecher des freien Teils Deutschlands auftreten zu können?“

Erhard mahnte den SPD-Vize zu Kabinetts-Sitten: „Ihre Lautstärke, Herr Wehner, ist hier nicht angebracht.“

Nach lebhafter Debatte siegte schließlich die Vernunft. Der Kanzler wollte seine Regierung und seine Partei nicht dem Vorwurf aussetzen, einen Weg zu Gesamtdeutschland zu blockieren. Die Gesprächspartner einigten sich, der SPD keine Steine auf den Pfad nach Chemnitz zu rollen. Ludwig Erhard akzeptierte letzten Endes sogar den Auftritt des Berliner Bürgermeisters hinter jener Mauer, an der am 17. August 1962 Peter Fechter verblutete.

VERTEIDIGUNG

Unter Freunden

Eine Stunde saßen Frankreichs Außenminister Couve de Murville und sein Gastgeber Gerhard Schröder auf dem blauen Polstersofa im Chefszimmer des Bonner Auswärtigen Amtes. Nur AA-Chefdolmetscher Hermann Kusterer vermittelte den deutsch-französischen Gedankenaustausch über Frankreichs künftige Rolle in der Verteidigung Europas.

Mit kühler Präzision trug der Deutsche dem Franzosen die Grundsätze vor, auf die er sich zwei Tage zuvor beim Dreiergespräch mit Präsident Johnsons Sonderbeauftragtem John J. McCloy und dem britischen Bonn-Botschafter Sir Frank Roberts geeinigt hatte.

Falls Paris seine Stationierungstruppe auf deutschem Boden belassen wolle,

- ▷ müsse Frankreich sich verpflichten, im Fall eines Konflikts die Einheiten wieder dem Nato-Kommando zu unterstellen und eine Verteidigungsaufgabe zu übernehmen;
- ▷ müsse Frankreich deutsche Oberhoheit über die in der Bundesrepublik benutzten Kasernen, Übungsplätze und sonstigen Einrichtungen anerkennen;
- ▷ müsse Frankreich durch einen ständigen Verbindungsstab für Koordi-



Minister Couve de Murville, Schröder: Auf dem Polstersofa zerstritten

nierung zwischen dem französischen Truppenkommando und der deutschen militärischen Territorial-Organisation (Wehrbereiche) sorgen.

Keinesfalls, so erläuterte Schröder, könnten die französischen Einheiten in Deutschland bleiben, wenn nicht vorher als Ersatz für das Nato-Kommando neue vertragliche Rechtsgrundlagen für die Stationierung vereinbart worden seien. Sollte es nicht gelingen, sich bis zum 1. Juli 1966 — dem von de Gaulle genannten Termin für das Ausscheiden seiner Truppenverbände aus dem Nato-Kommando — über die Regelung der Einzelheiten zu einigen, dann müsse die Bundesregierung vom französischen Staatspräsidenten erwarten, daß er den Termin verlängere und seine Truppen in Deutschland weiterhin unter Nato-Kommando belasse.

De Gaulles Mann war an Einzelheiten zunächst nicht interessiert. „Wir sind doch Freunde“, rief Couve aus, „unter Freunden läßt sich so was doch leicht lösen.“ Viel wichtiger sei die Grundfrage, ob die Bundesregierung überhaupt die Anwesenheit französischer Truppen auf ihrem Gebiet wünsche. In diesem Punkt müsse Bonn sich vorab klar entscheiden und erklären.

Doch Minister Schröder sah es genau anders herum: Zuerst sei zu klären, welche Verteidigungsaufgabe die Franzosen im Konfliktfall übernehmen wollten. Nur daran könne Bonn ermessen, ob es an der Stationierung französischer Truppen in der Bundesrepublik überhaupt interessiert sei.

Ausweichend reagierte Couve auch auf die Kernfrage Schröders, wie die Formel de Gaulles zu verstehen sei, daß Frankreich seine Bündnisverpflichtungen im Falle eines „nicht provozierten Angriffs“ Moskaus auf Westeuropa erfüllen werde. Eine solche Formulierung des „nicht provozierten Angriffs“ gab es wohl in den Beistandsverträgen zwischen beiden Weltkriegen, nicht aber in den Nato-Pakten, weil eine Angriffsprovokation des Westens nicht vorstellbar schien.

Bonn, Washington und London argwöhnen, de Gaulle wolle sich mit dem Rückgriff auf die Vorkriegs-Formulierung eine Hintertür offenhalten: Bei einem Angriff in Europa könnte er argumentieren, dieser sei durch die Kämpfe in Vietnam ausgelöst, also provoziert worden. Damit entfielen für Frankreich die Verpflichtung zum Beistand. Schröder drängte Couve zur Aufklärung. Doch der Franzose — so schien es — war über die Absichten seines Chefs nur vage und unvollständig unterrichtet.

Die Herren schieden ohne greifbares Konferenzergebnis.

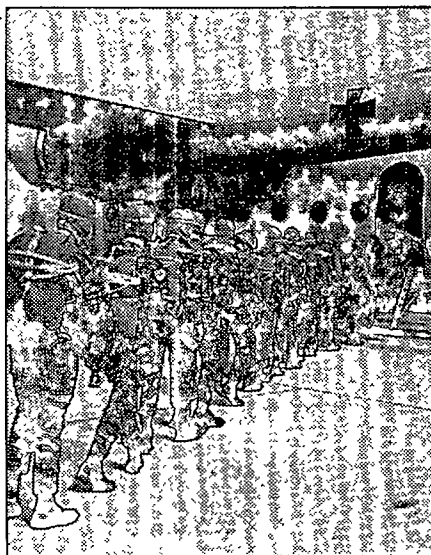
Couve de Murville hinterher: „Wir haben selbstverständlich keine Verhandlungen geführt. Es handelt sich nur um eine erste Kontaktaufnahme.“

Ohne Zeitverlust wandte sich danach im Bonner Auswärtigen Amt eine internationale Arbeitsgruppe — gebildet von dem deutschen AA-Staatssekretär Carstens, dem amerikanischen Botschafter McGhee und seinem britischen Kollegen Sir Frank Roberts nebst Spezialberatern — zwei Problemen zu:

- ▷ welchen Rechtsstatus die französischen Truppen in Deutschland in Friedenszeiten haben sollen;
- ▷ welchen militärischen Beitrag im Nato-Rahmen man diesen Truppen im Ernstfall abfordern will.

Nach Außenminister Schröders Zeitplan soll den übrigen Nato-Staaten schon am 9. Mai in Paris ein fertiger Dreier-Vorschlag präsentiert werden. Daraus sollen die Pakt-Partner eine gemeinsame Meinung herausdestillieren, die sie auf der Nato-Konferenz in Brüssel vom 6. bis 8. Juni wiederum den Franzosen vorsetzen wollen.

Über allem steht dabei der Bonner Grundsatz, den sich de Gaulles Gegenspieler Schröder am Mittwoch letzter Woche noch einmal vom Bundeskabinettt bestätigen ließ: An einem Aufenthalt französischer Soldaten in der Bundesrepublik, die keine klare Verteidigungs-Verpflichtungen für den Konfliktfall haben, besteht kein Interesse.



Französische Paras in Deutschland  
Zum Beistand nicht verpflichtet?

### STEUERERHÖHUNG

## Dynamischer Haushalt

Unter den gestrengen Blicken des in Öl verewigten preußischen Finanzministers Johannes von Miquel und seines Bonner Nachfolgers Fritz Schäffer zwackte am Dienstag vergangener Woche ein Fünf-Männer-Kollegium im kleinen Sitzungssaal des Bundesfinanzministeriums am Bonner Etat 1967 herum.

Hausherr Rolf Dahlgren hatte die Bundesminister Stoltenberg (Wissenschaft), Katzer (Arbeit), Niederalt (Länderangelegenheiten) sowie den Staatssekretär Langer aus dem Wirtschaftsministerium zu Hilfe geholt. Spätestens bis zum Pfingstfest soll das sogenannte Streichquintett einen Finanzplan für die nächsten vier Jahre aufstellen und das drohende Etatdefizit des kommenden Jahres bannen.

Bundesfinanzminister Dahlgren hatte den Fehlbetrag noch vor wenigen Monaten auf 5,6 Milliarden Mark veranschlagt. Inzwischen ist der Ansatz durch weitere Ausgabenbeschlüsse, unter anderem für Bahn, Post, Kohlenbergbau und Zonenflüchtlinge, auf 8,6 Milliarden geklettert, von denen bestenfalls 1,3 Milliarden auf dem Kapitalmarkt besorgt werden können. So wären immer noch Ausgaben in Höhe von 7,3 Milliarden Mark ungedeckt.

Überdies fehlen viele Millionen Mark für Kriegsoffer, Zivilschutzgesetze und weitere Israel-Hilfe. Eine Milliarde Mark Aufwand wird schließlich Frankreichs Nato-Flucht, etwa durch Umquartierung der Stäbe oder eine Art neuer Stationierungskosten, verursachen.

Einen Teil des Geldes will Bonn durch Einsparungen bei den Kriegsoffern, im Zivilschutz, den Landwirtschaftssubventionen und den Vergünstigungen des Einkommensteuergesetzes herausholen. Weil dann immer noch mehrere Milliarden fehlen würden, berieten die fünf Experten über einen ganzen Katalog von Vorschlägen, Geld einzusparen oder herzuzaubern.

So sollen Westdeutschlands Autofahrer im nächsten Jahr gleich zweimal zur Kasse gebeten werden. Sie würden künftig

- ▷ fünf Pfennig mehr Mineralölsteuer je Liter Benzin und 4,75 Pfennig mehr je Kilo Dieselöl sowie
- ▷ 25 Prozent mehr Kraftfahrzeugsteuer als bisher zahlen müssen (Beispiel: 46,80 Mark mehr für einen VW 1300).

Von dem CDU-Verkehrsexperten Ernst Müller-Herrmann, 50, der noch 1963 über „Die Grundlagen der gemeinsamen Verkehrspolitik des Wettbewerbs im EWG-Markt“ promoviert hatte, waren die fünf sachverständig ermuntert worden. Müller-Herrmann ist der Ansicht: „Man kann den Kraftfahrern ruhig zumuten, etwas mehr zu zahlen, wenn sie dafür eine bessere Straßenqualität erhalten. Das ist für sie doch ein gutes Geschäft.“

Einen weiteren Deckungsvorschlag verdanken die Bonner Geldsucher Bundesarbeitsminister Hans Katzer. Er hatte schon bei der Etat-Beratung für 1966 angeregt, anstatt Mutter-, Schüler- und Kindergeld zu kürzen, lieber die Steuern auf Schnaps und Tabak zu erhöhen. Gegen den Widerstand Rolf Dahlgrens waren damals die Sektsteuer um 50 Pfennig und die Branntweinsteuer um rund 60 Pfennig heraufgesetzt worden. Die Raucher blieben ungeschoren.

Jetzt sollen sie 20 Prozent mehr als bisher in Deutschlands Steuersäckel paffen, pro 8/10-Pfennig-Zigarette einen Pfennig mehr. Voraussichtliches Ergebnis der Ernte 67: eine Milliarde Mark.

Den größten Brocken — drei Milliarden Mark — hofft Bonn im Sozialetat einsparen zu können. Die Erfinder der Dynamischen Rente legen zu diesem Zweck folgerichtig auch an das Beitragssystem der Bismarckschen Sozialversicherung Dynamit. Von den für 1967 veranschlagten 9,4 Milliarden Mark Bundeszuschuß sollen drei Milliarden gestrichen und den Beitragszahlern auferlegt werden.

Wenn der Vorschlag auch im Kabinett und im Bundestag durchkommt, muß daher der Sozialversicherungsbeitrag von derzeit 14 Prozent auf künftig sieben Prozent von Lohn oder Gehalt erhöht werden. Höchstbeiträge in der Angestelltenversicherung zum Beispiel würden dadurch von bisher 182 auf 221 Mark monatlich steigen.

Reichen selbst diese Milliarden-Abstriche und -Zuschläge des Katalogs nicht aus, so müßte die Bundesregierung, trotz aller Versprechen, von 1967 an die Ergänzungsabgabe zur Lohn- und